

Landeshauptstadt Stuttgart
Der Oberbürgermeister
GZ: OB 4611-02

Stuttgart, 17.11.2009

Stellungnahme zum Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Datum 03.09.2009
Betreff Machbar: Kita im Westen Ideale Voraussetzungen in der Bismarckstraße

Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Aufbauend auf den im Rahmenplan (GRDRs. 763/2008) dargelegten Grundlagen erarbeitet die Verwaltung derzeit Vorgaben für eine Wettbewerbsausschreibung für das Olga-Areal und dessen Umfeld.

Der vorhandene Kindertagesstättenbedarf von 8 Gruppen soll nach Auffassung der Verwaltung nicht allein an einem Standort am Olga-Areal konzentriert werden; es sind möglichst 2 Standorte vorzusehen.

Der Vorschlag, im Gebäude Bismarckstraße 3 eine Kindertagesstätte unterzubringen, kommt dabei in Betracht.

Das 4. Obergeschoss des Gebäudes Bismarckstraße 3 wird derzeit vom Olgahospital genutzt; diese Nutzung wird mit dem Umzug des Olgahospitals in 2012 entfallen. Das Gesundheitsamt hat erklärt, dass unter der Voraussetzung, dass die Räume im 4. Obergeschoss dem Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt werden, Teile des Bauteils A (Westflügel) im EG, im 1. OG und eventuell auch im 2. OG für andere Nutzungen, wie eine Kindertageseinrichtung, vorgesehen werden können. Bei den Umstrukturierungsmaßnahmen ist zu berücksichtigen, dass die heute in diesem Gebäudeteil vorhandenen vier Schulräume der Schule für Kranke in gleichem Umfang zu erhalten sind.

Die Freiflächen wären entsprechend neu zu ordnen; derzeit werden sie von der Öffentlichkeit und von der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik, die gegenüberliegend im Gebäude Hasenbergstraße 60 angesiedelt ist, genutzt.

Von der Verwaltung soll eine Machbarkeitsstudie über die Nutzungsmöglichkeiten einer Kindertageseinrichtung im Gebäude des Gesundheitsamtes und den zugeordneten Freiflächen in Auftrag gegeben werden. Es soll untersucht werden, in welcher Form und in welcher Größenordnung eine Kindertageseinrichtung mit separatem Eingang und direkt zugänglichen Spielflächen hier vorgesehen werden kann.

Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie soll möglichst bis Anfang 2010 vorliegen. Es soll in die Ausschreibung zum Städtebaulichen Ideenwettbewerb aufgenommen werden.

Dem Antrag wird entsprochen.

Dr. Wolfgang Schuster

Verteiler
<Verteiler>